

PRESSEKONFERENZ

am 23. Jänner 2004, Parlament, Stützpunktzimmer

mit

**Petra BAYR, SPÖ-Bereichssprecherin für
Entwicklungszusammenarbeit**

BERICHT VOM 4. WELTSOZIALFORUM IN MUMBAI

100.000 MENSCHEN

1.200 WORKSHOPS & SEMINARE

1.000 NEUE IDEEN

UND 72 FOTOS

Naomi Klein beschreibt in ihrem Buch „Über Zäune und Mauern“ die Weltsozialforen als „komplizierten Prozess, bei dem Tausende ihre Schicksale zueinander in Bezug setzen, indem sie einfach Ideen austauschen und davon erzählen, welche Auswirkungen abstrakte wirtschaftswissenschaftliche Theorien auf ihr tägliches Leben haben. Diese Bewegung hat keine Führer im traditionellen Sinne sondern besteht aus Menschen, die gewillt sind zu lernen und das Gelernte weiterzugeben.“

Letzterem nachkommend, soll in der Pressekonferenz auf vier Themen eingegangen werden, die aus den hunderten am WSF 2004 in Mumbai diskutierten herausgegriffen wurden und die auch für die österreichische Politik von Interesse sind:

- Das Verhältnis von politischen Parteien und neuen sozialen Bewegungen

- Kindersoldaten und Kleinwaffen
- Umweltschutz und soziale Balance
- Kriege gegen Frauen, Frauen gegen Kriege

DAS VERHÄLTNISS VON POLITISCHEN PARTEIEN UND NEUEN SOZIALEN BEWEGUNGEN

In Staaten mit neoliberalen Regierungen gibt es oft Allianzen zwischen Oppositionsparteien und Sozialbewegungen. Die Zusammenarbeit ist nicht immer konfliktfrei, der thematische Bogen weit gespannt: Kampf gegen Atomraketen in Indien, Proteste für Landreformen in Kolumbien, Auftreten gegen Sozialabbau in Europa. In jedem Fall haben die linken Parteien und die Sozialbewegungen einen gemeinsamen umfassenden Anspruch: sie wollen eine demokratische, faire und verantwortungsvolle Regierung, die nachhaltig handelt, die Frieden und Gerechtigkeit einen hohen Stellenwert einräumt und dabei nie die internationale Dimension vergisst.

Der Spalt zwischen Arm und Reich wird immer noch größer. Auch im vergangenen Jahrhundert wurden arme Menschen ausgebeutet, doch sie waren für das Wirtschaftssystem zumeist gleichzeitig als KonsumentInnen wichtig. Aufgrund dieser relativen Machtstellung war es ihnen möglich, soziale Konflikte auszutragen und partiell ihre Lebens- und Arbeitssituation zu verbessern. Heute erscheint Armut gerade in den Ländern des Südens in einem neuen Kleid: Milliarden von Menschen sind nicht nur ausgebeutet, leben und arbeiten unter unvorstellbar unmenschlichen Bedingungen, sie sind auch komplett vom System ausgeschlossen, vergessen, während viele andere von der Globalisierung profitieren: sie reisen und telefonieren rund um die Welt, sie verlinken sich im Internet – untereinander, nicht mit den Ausgegrenzten.

Das Weltsozialforum ist die Möglichkeit der Vernetzung zwischen den Welten, die Ausgegrenzten kämpfen sich ins System zurück (am WSF in Mumbai waren beispielsweise sehr viele sehr gut organisierte Dalits – Unberührbare – die ihre Interessen unüberhörbar eingebracht haben). Ebenso bietet das WSF

Vernetzungsmöglichkeiten zwischen politischen Parteien und sozialen Bewegungen. Durch den inhaltlichen Austausch kann die Sozialbewegung ihre Angst ablegen, durch politische Parteien vereinnahmt zu werden, politische Parteien wiederum brauchen nicht um ihre inhaltliche Breite fürchten, da sie nicht die Rolle der Single-Issue-Bewegungen übernehmen brauchen.

KINDERSOLDATEN UND KLEINWAFFEN

Mehr als eine halbe Million Menschen werden jährlich durch Waffen getötet. Viele andere Tausende mehr sind versehrt, werden gefoltert und gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die unkontrollierte Vermehrung von Waffen schürt Menschenrechtsverletzungen, verbreitet Konflikte und intensiviert Armut.

Mary Robinson, die frühere irische Premierministerin und UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, setzte sich am WSF für die Kontrolle des internationalen Waffenhandels ein. Sie rief die Regierungsvertreter und die führenden Wirtschaftsverantwortlichen dazu auf, beim World Economic Forum in Davos einen Stopp des Waffenhandels an kriminelle, repressive und die Menschenrechte negierende Regierungen zu verhängen.

Sie wies auch darauf hin, dass die weltweit stärksten – und im UN-Sicherheitsrat vertretenen – Regierungen gleichzeitig die größten Waffenlieferanten sind. Täglich leben Männer, Frauen und Kinder in der Angst vor Schusswaffen. Viele Länder geben Unsummen für Waffenankäufe aus, während ihre Bevölkerung weder über Wasser noch über Nahrung verfügt. Allein die Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika und im nahen Osten geben zusammen jährlich durchschnittlich 22 Milliarden US\$ für Waffenankäufe aus. Verglichen damit würde es nur 10 Milliarden US\$ im Jahr kosten, weltweit allen Kindern einen Grundschulbesuch zu ermöglichen.

Tausende Kinder werden von Guerillakämpfern und Banden verschleppt und zu KämpferInnen an kleinen Waffen „ausgebildet“. Sie haben keine Möglichkeit je eine Schulbildung zu erhalten, werden aus ihren Familien- und Sozialstrukturen

gerissen, um ihre Kindheit beraubt, führen oft ein kurzes Leben und sterben als Kanonenfutter.

Durch das Verbot der Produktion und des Handels von Kleinwaffen, die vor allem von Kindern gut bedient werden können, würde das Problem der Kindersoldaten zumindest etwas eingedämmt werden. Viele Organisationen wie *Oxfam*, *Amnesty International* und das *International Action Network on Small Arms* haben gemeinsam eine internationale Kampagne zur effektiven Kontrolle von Waffen gestartet, um Menschen echt vor der Bedrohung von bewaffneter Gewalt zu schützen. (www.controlarms.org)

UMWELTSCHUTZ UND SOZIALE BALANCE

Der Schutz der Umwelt kann nicht nachhaltig gesichert werden, wenn nicht auch die soziale Ungleichheit aufgelöst wird. Der Zusammenhang zwischen Armut und Nicht- Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Wasser und Energie ist evident, um beide Güter werden Kriege geführt. Bei der Frage der gerechten Verteilung gerade von fossiler Energie kann es nicht darum gehen, jedem Menschen auf Erden die gleichen Verbrauchsmengen zuzugestehen, wie sie beispielsweise US-AmerikanerInnen haben. Ein gerechter Verteilungsschlüssel liegt viel mehr in der Verwendung erneuerbarer Energie, die auch wesentlich weniger konfliktanfällig ist als fossile: Sonnenenergie beispielsweise ist nicht auf wenige Länder beschränkt, sondern beinahe weltweit verfügbar, sie ist nicht leitungsgebunden, sondern direkt und nur schwer zu privatisieren.

Menschenrechte stoßen auch an die Grenzen der Biosphäre. Bedeutete Kolonialismus früher das Entsenden von Kriegsschiffen, so kommt er heute still und unsichtbar durch Chemikalien in der Atmosphäre. Speziell tropische und subtropische Regionen sind aufgrund einer hohen Luftfeuchtigkeit von Vergiftung betroffen, das sind Gegenden, in denen besonders viele Menschen leben. Bestimmte Pflanzen und bestimmte Tiere brauchen bestimmte Lebensräume, Menschen brauchen eine verlässliche Natur, die durch den Klimawandel aber unberechenbar wird. Menschen müssen landwirtschaftliche Gewohnheiten ändern, mit Ernteausfällen rechnen und in manchen Fällen (z.B. aufgrund des Anstiegs des

Meeresspiegels) ihre Heimat verlassen. Die, die für den Klimawandel am wenigsten verantwortlich sind, werden seine ersten Opfer. Die Umwelt zu schützen, ist also nicht nur eine ökologische, sondern gerade auch eine menschenrechtliche Herausforderung.

KRIEGE GEGEN FRAUEN – FRAUEN GEGEN KRIEGE

Bei einem Vortrag von Tausenden von TeilnehmerInnen bezeichnete die indische Schriftstellerin Arundhati Roy Georg W. Bush und Tony Blair als die momentan weltweit führenden Feministen. Laut ihren Argumenten wollten sie ja einige Länder zu frauenfreundlichen Paradiesen bomben. Diese falschen Rechtfertigungen für Krieg dürfen Feministinnen nicht dulden. Sobald es Krieg gibt, richtet er sich immer gegen Frauen, sie werden seine ersten Opfer. Vergewaltigungen werden systematisch als Kriegsmittel eingesetzt.

Doch auch in Ländern, in denen offensichtlich Frieden herrscht, müssen viele Frauen täglich um ihr eigenes und das Überleben ihrer Kinder kämpfen. Oft wird die Religion vorgeschoben, um Frauen zu entrechten, sie sind häufig von häuslicher Gewalt betroffen. In Kabul gibt es bereits ein eigenes Gefängnis, voll mit lauter Frauen, die zu ihrem Selbstschutz inhaftiert sind, um sie vor der Gewalt ihrer Männer oder Familien zu bewahren.

Irene Khan von Amnesty International Bangladesch rief dazu auf, die Regierungen weltweit dazu zu drängen, auf die Anliegen der Frauen zu achten. Allerdings könne frau sich nicht nur auf Regierungen verlassen, sondern Frauen müssen sich auch selbst organisieren, um ihren eigenen Kampf zu führen – gegen Ungleichheit, Gewalt und Armut.